

## Pressemitteilung

München, den 14. Februar 2019

### Gribl: Das digitale Klassenzimmer muss dauerhaft finanziert werden

- *Der Freistaat muss bei digitalen Schulen gleiche Bildungschancen schaffen.*
- *Die digitale Infrastruktur an Schulen braucht ein pädagogisches Gesamtkonzept.*

Für den Ausbau der digitalen Klassenzimmer reicht es nach Ansicht vieler Bürgermeister nicht aus, wenn sich der Freistaat bei der Finanzierung der IT-Ausstattung an Schulen nur mit einer befristeten Anschubfinanzierung beteiligt. Nach Erfahrung der Städte und Gemeinden stehen zu wenig Fördermittel für Investitionen, für den laufenden Betrieb und die Systembetreuung zur Verfügung. Bei der Umsetzung von Förderprogrammen herrscht Ungewissheit, da klare Richtlinien für die digitale Ausstattung fehlen, erklärt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Augsburgs Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl: „**Der Freistaat muss seiner Mitverantwortung für die digitale Infrastruktur an Schulen stärker als bislang gerecht werden. Die Hoffnungen richten sich darauf, dass die Staatsregierung eine dauerhafte Förderung des digitalen Klassenzimmers und insbesondere für die Systembetreuung auf den Weg bringt.**“

Das erklärte Ziel der Staatsregierung sind gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern. Hierfür braucht es gleiche Bildungschancen in allen Landesteilen. Gribl: „**Die Bildungsqualität darf nicht davon abhängen, in welcher Region ein Kind zur Schule geht. Die Ausstattung eines digitalen Klassenzimmers darf nicht von der Finanzkraft einer Kommune bestimmt sein, denn dann wären Schüler in strukturschwachen Regionen benachteiligt. Damit alle Kinder in allen Schulen Bayerns gleiche Chancen erhalten, braucht es einheitliche Standards für das digitale Klassenzimmer und ein pädagogisches Gesamtkonzept für IT-Ausstattung und IT-Anwendung.**“

Nötig sind digitale Lern- und Lehrstrategien und die Qualifizierung der Lehrkräfte. Gribl: „**Mit modernen Geräten ist es nicht getan: Technik dient der Pädagogik. Laptops, Tablets und interaktive Whiteboards müssen im Unterricht pädagogisch sinnvoll zum Einsatz kommen.**“ Die Digitalisierung des Unterrichtswesens ist mehr als die Weiterentwick-

lung von Kreide und Tafel. Gribl: „**Der Wandel vom Kreidezeitalter zum digitalen Klassenzimmer ist eine Frage des pädagogischen Gesamtkonzepts. Das ist kein herkömmlicher Sachaufwand, wie für eine Tafel oder eine Schulbank, den die Kommune trägt, sondern ist ein Teil der Pädagogik, die der Freistaat zu tragen hat.**“

Der Bayerische Städtetag erwartet, dass sich der Freistaat angemessen an den Kosten des Investitionsaufwands für die IT-Ausstattung an Schulen beteiligt. Darüber hinaus geht es um die Kosten für die Wiederbeschaffung von Geräten, die Aktualisierung der Software und die Pflege der IT-Systeme. Der im Koalitionsvertrag von CSU und Freien Wählern angekündigte Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden über Konzepte für Wartung und Pflege der IT-Infrastruktur an Schulen muss endlich in Gang kommen. Gribl: „**Ein befristetes Anschubprogramm zur Digitalisierung von Klassenzimmern ist nur ein erster Schritt, da die Ausstattung wegen des technologischen Fortschritts und der begrenzten Lebensdauer der Geräte ebenso eine Daueraufgabe ist wie die Systembetreuung.**“

Die Finanzierung dieser Zukunftsaufgabe darf nicht allein den Kommunen auferlegt werden. Die Kommunen warten auf die angekündigten Bundesmilliarden zur Digitalisierung der Schulen. Notwendig ist hierfür eine Einigung von Bund und Ländern. Die Ausstattung der Schulen mit Informationstechnologie ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Gribl: „**Der Freistaat steht besonders in der Pflicht. Die Pädagogik entwickelt sich mit den digitalen Möglichkeiten weiter. Das Bayerische Schulfinanzierungsgesetz aus der analogen Kreidezeit muss an die Rahmenbedingungen des digitalen Computerzeitalters angepasst werden.**“